

Johannesbad Holding SE & Co. KG, München
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

		2023	2022
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		8.260.976,10	7.497.034,22
2. Sonstige betriebliche Erträge		519.286,13	527.926,84
3. Materialaufwand		0,00	86.197,20
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.647.863,18		4.292.841,97
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	759.818,10		700.837,82
davon für Altersversorgung:			
EUR -3.529,20 (Vorjahr: EUR -2.730,00)			
		5.407.681,28	4.993.679,79
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		433.951,89	557.026,58
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		6.148.240,61	19.059.621,51
7. Erträge aus Beteiligungen		7.000.000,00	3.500.000,00
davon aus verbundenen Unternehmen:			
EUR 7.000.000,00 (Vorjahr: EUR 3.500.000,00)			
8. Erträge aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags		618.742,78	245.286,37
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		4.441.052,18	2.489.544,20
davon aus verbundenen Unternehmen:			
EUR 4.222.654,04 (Vorjahr: EUR 2.410.479,54)			
davon Erträge aus der Veränderung der Abzinsung: EUR 37.080,97 (Vorjahr: EUR 35.280,98)			
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		9.316.327,91	5.754.041,74
davon aus verbundenen Unternehmen:			
EUR 3.556.381,07 (Vorjahr: EUR 1.630.614,74)			
davon Aufwendungen aus der Veränderung der Aufzinsung: EUR 26.079,00 (Vorjahr: EUR 137.003,00)			
11. Ergebnis nach Steuern		-466.144,50	-16.190.775,19
12. Sonstige Steuern		2.224,00	3.688,00
13. Erträge aus Verlustübernahme		1.004.000,00	0,00
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		535.631,50	-16.194.463,19
15. Belastung/Gutschrift auf Gesellschafterkonten		1.375.653,05	3.667,82
16. Einlage/Entnahme der Kommanditisten		45.156,84	-295.364,44
17. Verlustvortrag		-16.629.875,89	-143.716,08
18. Bilanzverlust		-14.673.434,50	-16.629.875,89

Johannesbad Holding SE & Co. KG, München
Amtsgericht München, Abtlg. HRA Nr. 107892
Anhang für das Geschäftsjahr 2023

Angaben zum Jahresabschluss

Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde nach den Bestimmungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches sowie nach den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags erstellt. Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgte nach den Vorschriften § 266 ff. HGB.

Die Bilanz wird unter teilweiser Ergebnisverwendung erstellt.

Die Gesellschaft ist eine mittelgroße Personenhandelsgesellschaft i.S. von § 264a i.V.m. § 267 Abs. 2 HGB. Die Gesellschaft nimmt die größenabhängigen Erleichterungen des § 288 Abs. 2 HGB in Anspruch.

Soweit für Pflichtangaben Wahlrechte bestehen, diese in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB gegliedert.

Die Ausweisstetigkeit wurde gewahrt.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen des Johannesbad Konzerns sind gesondert unter den Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen. Beziehungen zu Gesellschaftern sind gesondert im Anhang angegeben.

Der Jahresabschluss wurde unter Annahme der Unternehmensfortführung (Going-Concern) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Bilanzierungswahlrechte werden nicht in Anspruch genommen.

Die Bewertungsmethoden werden unverändert gegenüber dem Vorjahr angewandt.

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen aktiviert. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der linearen Methode vorgenommen.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungskosten zzgl. Nebenkosten abzüglich Kaufpreisminderungen bilanziert und wird, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode vermindert. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen grundsätzlich zeitanteilig.

Bei allen deutschen Konzerngesellschaften werden einheitlich Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von EUR 250,01 bis EUR 1.000,00 nach allgemeinen Grundsätzen zur Schätzung der Nutzungsdauer und nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung vereinfachend über 5 Jahre abgeschrieben.

Die Bewertung der **Finanzanlagen** erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Wertminderungen wird durch angemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Forderungen und sonstige Aktiva sind zum Nennwert angesetzt.

Der Bestand an **flüssigen Mitteln** wird mit Nominalwerten bewertet.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Die **Kapitalanteile der Kommanditisten** sind zum Nennwert bilanziert.

Die **Pensionsrückstellungen** werden nach versicherungsmathematischen Methoden unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2018 G) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Die Berechnungen wurden mit einem Rechnungszins von 1,83 % durchgeführt, der von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung (10-jähriger Durchschnittszins) bei einer Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt worden ist. Außerdem wurde für die Berechnung eine Rentendynamik von 2,50 % bzw. 2,00 % berücksichtigt und die Ausscheideordnung des I & A-Bestandes zugrunde gelegt. Künftige Gehaltssteigerungen und Fluktuationsraten waren nicht zu berücksichtigen.

Der Unterschiedsbetrag durch die Abzinsung der Pensionsrückstellung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Geschäftsjahre beläuft sich auf 62 TEUR (VJ 286 TEUR).

Vermögensgegenstände gem. § 246 Abs. 2 S. 2 HGB mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 2.228 TEUR wurden mit Pensionsverpflichtungen mit einem Erfüllungsbetrag in Höhe von 3.656 TEUR verrechnet (Saldierungsgebot).

Die **Rückstellungen** werden in Höhe des erwarteten Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr erfolgt eine Abzinsung mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre. Sie decken sämtliche erkennbaren Risiken ab.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Als **passiver Rechnungsabgrenzungsposten** sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Derivative Finanzgeschäfte in Form von Zinsswap- und Zinsfloorgeschäften werden als **Beurteilungseinheit** mit einem Grundgeschäft zusammengefasst, soweit ein unmittelbarer Sicherungszusammenhang zwischen Finanzgeschäft und Grundgeschäft besteht. Das Ergebnis aus den zur Zinssicherung abgeschlossenen Swap- bzw. Floorkontrakten wird in diesen Fällen erst bei Fälligkeit ausgewiesen.

Die Haftungsverhältnisse gemäß §§ 251, 268 Abs. 7 HGB werden nach den für Verbindlichkeiten geltenden Grundsätzen unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme ausgewiesen. Die Risikoeinschätzung der Inanspruchnahme erfolgt auf der Grundlage vernünftiger kaufmännischer Beurteilung.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten sowie die Zugänge und Abgänge des Anlagevermögens sind unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt.

Anteilsbesitz

Gesellschaft	Sitz	Beteiligungs- höhe %	Eigenkapital 31.12.2023 TEUR	Ergebnis 2023 TEUR
Johannesbad Management GmbH	München	100	355	37
Johannesbad Holding Management SE	München	100	294	65
Johannesbad Reha-Kliniken GmbH & Co. KG	Bad Füssing	100	5.077	1.012
Johannesbad Hotels Bad Füssing GmbH	Bad Füssing	100	1.178	0
Johannesbad Immobilien GmbH	München	100	813	193
Johannesbad Saarschleife GmbH & Co. KG	Mettlach	100	13.092	2.620
Reha-Klinik Raupennest Verwaltungs GmbH	Altenberg	100	21	-1
Johannesbad Raupennest GmbH & Co. KG	Altenberg	100	8.862	2.043
Johannesbad Usedom GmbH & Co. KG	Loddin	100	6.005	2.827
Johannesbad Reha Holding GmbH	Bad Füssing	100	3.401	137
Palace Gastein Hotelbetriebsgesellschaft m.b.H.	Bad Hofgastein	100	1.673	336
Johannesbad Bad Elster Besitz GmbH & Co. KG	Bad Elster	100	1.891	527
JobaMed Service GmbH	München	100	30	-1
Johannesbad Beteiligungs GmbH	München	100	2.022	-3
Johannesbad Lechbruck Betriebs GmbH	Lechbruck	100	315	0
Johannesbad Lechbruck GmbH & Co. Besitz KG	Lechbruck	50	186	-16
DentaDox MVZ GmbH	München	100	579	447
Johannesbad Ambulante Reha Management GmbH	München	100	7.779	-116
Reha Nord GmbH Zentrum für ambulante Rehabilitation und physikalische Therapie	Dresden	100	5.534	745
Fahrdienst Reha Nord GmbH	Dresden	100	324	25
GZG-Gesundheitszentrum Betriebs GmbH Germering	Germering	100	908	-54
Johannesbad GmbH	Bad Füssing	94,9	24.131	2.764
Johannesbad Komplementär GmbH	Bad Füssing	94,9	92	5
Johannesbad Service GmbH & Co. KG	Bad Füssing	85,41	17.336	0
Johannesbad Kliniken Fredeburg GmbH	Schmallenberg	81,05	15.215	623
Johannesbad Fredeburg Besitz GmbH & Co. KG	Schmallenberg	85,41	15.039	0
Johannesbad Klinik Furth im Wald GmbH & Co. KG	Furth im Wald	85,41	895	0

Umlaufvermögen

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** resultieren mit 16.303 TEUR (VJ 18.081 TEUR) aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr und 7.000 TEUR (VJ 3.500 TEUR) aus Entnahmen. Des Weiteren sind Forderungen aus Cash-Pooling von 18.685 TEUR (VJ 24.482 TEUR), aus Umsatzsteuer-Vorauszahlungen im Organkreis in Höhe von 798 TEUR (VJ 483 TEUR) und aus Darlehen von 42.506 TEUR (VJ 40.146 TEUR) enthalten, davon haben 3.800 TEUR (VJ 38.706 TEUR) eine Laufzeit von mehr als einem Jahr.

Gegenüber der DentaDox MVZ GmbH verzichtet die Johannesbad Holding SE & Co. KG rückwirkend auf Forderungen aus Cashpool in Höhe von 4.022 TEUR. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage und zur Beseitigung der bilanziellen Überschuldung hat die Johannesbad Holding SE & Co. KG am 19. April 2024 einen Forderungsverzicht in Höhe von 4.022 TEUR mit Wirkung zum 31. Dezember 2023 vereinbart. Die verbleibende Restforderung aus dem Cashpool von 688 TEUR wird zusammen mit den Forderungen aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr von 3.112 TEUR in ein langfristiges Sanierungsdarlehen in Höhe von 3.800 TEUR umgewandelt.

In den **sonstigen Vermögensgegenständen** sind saldierte Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 734 TEUR (VJ 841 TEUR) enthalten. Hiervon haben 218 TEUR (VJ 324 TEUR) eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

Eigenkapital

Kommanditkapital

Das im Handelsregister eingetragene und voll eingezahlte Kommanditkapital beträgt 3.000.000,00 EUR.

Die Entnahme von ausschüttungsgesperren Beträgen in Höhe von 62 TEUR führt zum Wiederaufleben der Haftung nach § 172 Abs. 1 HGB.

Fremdkapital

Rückstellungen

Die Ermittlung der **Pensionsrückstellungen** erfolgte nach versicherungsmathematischen Methoden unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2018 G) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode). Die Berechnungen wurden mit einem Rechnungszins von 1,83 % durchgeführt, der von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung (10-jähriger Durchschnittszins) bei einer Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt worden ist. Außerdem wurde für die Berechnung eine Rentendynamik von 2,50 % bzw. 2,00 % berücksichtigt und die Ausscheideordnung des I & A-Bestandes zugrunde gelegt. Künftige Gehaltssteigerungen und Fluktuationsraten waren nicht zu berücksichtigen.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt 62 TEUR.

Bei einem Teil der Pensionsrückstellungen handelt es sich um im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung für Mitarbeiter abgeschlossene Verträge in Form einer Entgeltumwandlung bei der Pensionskasse der Caritas VVaG. Aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Pensionskasse der Caritas VVaG und damit zusammenhängender Leistungskürzungen kann der Arbeitgeber von den Arbeitnehmern in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme der Gesellschaft wurde auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens mit 23 TEUR quantifiziert.

Die Pensionsrückstellungen weisen zum Bilanzstichtag einen saldierten Betrag in Höhe von 1.428 TEUR aus. Vermögensgegenstände gem. § 246 Abs. 2 S. 2 HGB mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 2.228 TEUR wurden mit Pensionsverpflichtungen mit einem Erfüllungsbetrag in Höhe von 3.656 TEUR verrechnet (Saldierungsgebot).

Die ausgewiesenen Buchwerte zum Bilanzstichtag entsprechen den ermittelten notwendigen Erfüllungsbeträgen der Rückstellungen.

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Stand	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Zinseffekte	Stand
	01.01.2023 TEUR	2023 TEUR	2023 TEUR	2023 TEUR	2023 TEUR	31.12.2023 TEUR
1. Pensionsrückstellungen	1.495	0	11	-46	-10	1.428
2. Sonstige Rückstellungen	4.385	3.853	100	1.470	-1	1.901
2.1. Personalarückstellungen	410	383	27	426	0	426
2.2. Rückstellungen für Prüfungs- und Beratungskosten	88	36	4	61	0	109
2.3. Rückstellungen für ausstehende Rechnungen	277	249	28	874	0	874
2.4. Übrige sonstige Rückstellungen	3.610	3.185	41	109	-1	492
	5.880	3.853	111	1.424	-11	3.329

In den übrigen sonstigen Rückstellungen war eine Verpflichtung aus der Übernahme der Haftung aus der zwischen der Johannesbad Reha-Kliniken GmbH & Co. KG und der DentaDox MVZ GmbH geschlossenen Zuschuss-Vereinbarung vom 4. März 2022 in Höhe von 3.000 TEUR enthalten. Mit Datum vom 16. Januar 2023 wurde der 1. Nachtrag zur Zuschuss-Vereinbarung abgeschlossen und die Rechte und Pflichten im Innenverhältnis auf die Johannesbad Holding SE & Co. KG übertragen. Hieraus wurde die Johannesbad Holding SE & Co. KG im Jahr 2023 In Anspruch genommen.

Außerdem enthalten in den übrigen sonstigen Rückstellungen ist ein Betrag in Höhe von 441 TEUR für die Prozesskosten im Klageverfahren gegen die Betriebsschließungsversicherung sowie Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Anschlussfinanzierung von 795 TEUR.

Verbindlichkeitspiegel

	Restlaufzeit					
	bis 1 Jahr		mehr als 1 Jahr		mehr als 5 Jahre	
	31.12.2023 TEUR	31.12.2022 TEUR	31.12.2023 TEUR	31.12.2022 TEUR	31.12.2023 TEUR	31.12.2022 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	71.875	11.250	0	71.875	0	0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	667	565	3	21	0	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	63.943	50.027	0	0	0	0
4. Sonstige Verbindlichkeiten	327	306	0	1.004	0	1.004
	136.812	62.148	3	72.900	0	1.004

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind 71,9 Mio. EUR durch Grundschulden bei den Gesellschaften Johannesbad Reha-Kliniken GmbH & Co. KG, der Johannesbad Usedom GmbH & Co. KG, der Johannesbad Saarschleife GmbH & Co. KG, der Johannesbad Raupennest GmbH & Co. KG, der Johannesbad Service GmbH & Co. KG, der Johannesbad Fredeburg Besitz GmbH & Co. KG sowie der Johannesbad Klinik Furth im Wald GmbH & Co. KG gesichert. Zudem werden die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einer selbstschuldnerischen Höchstbürgschaft in Höhe von 2 Mio. EUR eines Gesellschafters gesichert.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** resultieren aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr in Höhe von 2.501 TEUR (VJ 1.404 TEUR). Des Weiteren sind Verbindlichkeiten aus Cash-Pooling von 58.824 TEUR (VJ 45.879 TEUR) sowie aus Darlehen von 2.606 TEUR (VJ 2.706 TEUR) enthalten und Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer-Vorauszahlungen im Organkreis von 12 TEUR (VJ 39 TEUR).

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind außergewöhnliche Aufwendungen aus einem Forderungsverzicht in Höhe von 1.022 TEUR gegenüber der DentaDox MVZ GmbH enthalten. Darüber hinaus sind außergewöhnliche Aufwendungen für die Bildung einer Prozesskostenrückstellung sowie Rechts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit dem Klageverfahren gegen die Betriebsschließungsversicherung in Höhe von 143 TEUR, Umstrukturierungskosten in Höhe von 185 TEUR sowie Beratungskosten für die in 2024 erfolgte Anschlussfinanzierung in Höhe von 1.018 TEUR enthalten.

Sonstige Angaben

Die Johannesbad Holding SE & Co. KG hat Klage gegenüber der Haftpflichtkasse VVaG, um den Deckungsanspruch aus der abgeschlossenen Betriebsschließungsversicherung für den ersten Lockdown der Corona-Pandemie (Geschäftsjahr 2020) geltend zu machen, erhoben. Die Johannesbad Holding SE & Co. KG vertritt hierbei die in der Rahmenvereinbarung aufgeführten Töchtergesellschaften der Unternehmensgruppe. Das Gericht hat in der ersten Anhörung den Anspruch dem Grunde nach bereits stattgegeben. Im Dezember 2022 wurde eine weitere Klage gegen die Haftpflichtkasse VVaG betreffend die Ansprüche aus der Betriebsschließungsversicherung wegen Schließungen im Frühjahr 2020 erhoben. Im Dezember 2023 wurde eine weitere Klage bezüglich der Schließungen im Herbst/Winter 2020 eingereicht. Die tatsächlich zu erwartende Entschädigungshöhe kann derzeit, aufgrund des laufenden Verfahrens, noch nicht beziffert werden.

Haftungsverhältnisse

Im Geschäftsjahr 2019 wurde die Finanzierungsstruktur der Johannesbad Gruppe neu ausgerichtet. Die bisherigen Finanzierungen der beiden Teilkonzerne wurden abgelöst und durch einen konzernübergreifenden Neukredit bei der Johannesbad Holding SE & Co. KG ersetzt. Die Sicherheiten für die Neudarlehen sind im Darlehensvertrag geregelt.

Bei der Johannesbad Holding SE & Co. KG wurde in diesem Zusammenhang ein Neudarlehensbetrag in Höhe von 97,5 MEUR bei einem Bankenkonsortium aufgenommen. Als Sicherheit wurde eine erstrangige Grundschuld in Höhe von 97,5 MEUR auf mehrere Grundstücke, die sich im Eigentum der Johannesbad Reha-Kliniken GmbH & Co. KG, der Johannesbad Usedom GmbH & Co. KG, der Johannesbad Saarschleife GmbH & Co. KG, der Johannesbad Raupennest GmbH & Co. KG, der Johannesbad Service GmbH & Co. KG, der Johannesbad Fredeburg Besitz GmbH & Co. KG und der Johannesbad Klinik Furth im Wald GmbH & Co. KG befinden, einschließlich der Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung, bestellt.

Zu diesem Kreditvertrag wurde im Geschäftsjahr 2020 die erste Änderungsvereinbarung abgeschlossen. Der ursprüngliche Kreditvertrag wurde um eine weitere Tranche in Höhe von 25,0 MEUR aus dem KfW-Sonderprogramm 2020 erhöht. Infolgedessen wurden ranganschließende Grundschulden von 17,5 MEUR auf den Grundstücken, die sich im Eigentum der oben genannten Gesellschaften befinden, eingetragen.

Darüber hinaus haftet die Johannesbad Holding SE & Co. KG aus einer selbstschuldnerischen und unbefristeten Bürgschaft für Verbindlichkeiten der Johannesbad Hotels Bad Füssing GmbH (verbundenes Unternehmen) gegenüber der VR-Bank Passau eG in Höhe von 5.700 TEUR.

Die Johannesbad Holding SE & Co. KG haftet mit einer harten Patronatserklärung für die Pachtverpflichtungen der DentaDox MVZ GmbH gegenüber der Heinrich Bauer Verlag KG.

Mit einer Inanspruchnahme aus den Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten wird nicht gerechnet, da die Schuldnerinnen finanziell in der Lage sind, ihren Verpflichtungen termingerecht nachzukommen.

Derivative Bewertungseinheit

Die Johannesbad Holding SE & Co. KG schloss zur Absicherung des variabel verzinslichen Neudarlehens Swap-Vereinbarungen ab, wonach sie bei einem Zinsanstieg des 3M-Euribors über einen vertraglich festgelegten Festzinssatz (Strike) eine Ausgleichszahlung erhält und bei einem Zinsrückgang unter einen vertraglich festgelegten Festzinssatz (Strike) eine Ausgleichszahlung an die Deutsche Industriebank IKB und die SaarLB zu leisten hat. Aus dem Grundgeschäft und dem Sicherungsgeschäft wurde eine Bewertungseinheit gem. § 254 HGB gebildet.

Die Absicherung gegen Zinsänderungsrisiko bezieht sich auf den Bilanzposten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Buchwert 62.500 TEUR). Die gegenläufigen Zahlungsströme gleichen sich bis zum Ablauf des Sicherungsgeschäftes in voller Höhe aus. Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird nach der Critical Terms Macht Methode getestet. Die Bewertung des Marktwertes erfolgt nach der mark-to-market Methode.

Zum Bilanzstichtag sind keine derivativen Finanzinstrumente mehr im Bestand. Die Bewertungseinheit endete zum 30.09.2023.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Pachtverhältnisse führen zu finanziellen Verpflichtungen in Höhe von 185 TEUR p.a. und bis zum Ende der Laufzeit in Höhe von 513 TEUR. Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Leasinggeschäften belaufen sich bis zum Ende der Laufzeit auf 282 TEUR.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung und Vertretung der Berichtsgesellschaft obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin, der Johannesbad Holding Management SE, München, vertreten durch den Vorstand:

Herr Markus Zwick, CEO, Weßling, Vorstand

Herr Werner Weißenberger, CFO, Passau, Vorstand

Die Vergütung des Vorstandes erfolgt durch die Berichtsgesellschaft. Eine Angabe zu den Bezügen erfolgt nach § 286 Abs. 4 HGB nicht.

Persönlich haftende Gesellschafterin

Vertreten wird die Gesellschaft durch die persönlich haftende Gesellschafterin, die Johannesbad Holding Management SE, München. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichtes München unter HRB Nr. 235301 eingetragen. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 120.000 EUR.

Ereignisse, die zu einer persönlichen Haftung führen könnten, sind bis zum heutigen Tage nicht bekannt geworden.

Der Aufsichtsrat der persönlich haftenden Gesellschafterin setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Dr. med. Johannes Zwick, ärztlicher Direktor, Hergiswil (CH), Vorsitzender

Herr Johannes Zwick (jun.), Geschäftsführer, Charlotte (USA), stellv. Vorsitzender

Frau Caroline Zwickson, Women's Health & Life Coach, Fairfield (USA)

Der Aufsichtsrat erhält für seine Tätigkeiten eine Vergütung von der Johannesbad Holding Management SE.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 79 (VJ 76) Arbeitnehmer beschäftigt. Diese wurden ausschließlich der Gruppe „Verwaltung/Vertrieb“ zugeordnet.

Konzernabschluss

Als Mutterunternehmen für den größten Konsolidierungskreis wird gemäß § 290 HGB in Verbindung mit § 264a HGB ein Konzernabschluss zum 31. Dezember 2023 erstellt. Dieser wird im Unternehmensregister bekannt gemacht.

Da die Geschäftsführung gemäß § 264b HGB auf die Erstellung eines Lageberichts 2023 verzichtet hat, wird zu weiteren Ausführungen auf den Konzernjahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und Konzernlagebericht 2023 der Johannesbad Holding SE & Co KG verwiesen.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers wird verzichtet, da diese Angaben für alle Konzernunternehmen im Konzernabschluss gemacht werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Am 28. Februar 2024 hat die Johannesbad Holding SE & Co. KG die Zweite Änderungsvereinbarung zum Kreditvertrag vom 23. Mai 2019 abgeschlossen. Somit ist eine jederzeit hinreichende Liquidität der Gesellschaft im Rahmen der Konzernfinanzierung sichergestellt.

München, 30. April 2024

Johannesbad Holding Management SE

gez. Markus Zwick

gez. Werner Weißenberger

Johannesbad Holding SE & Co. KG, München (G001)
Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2023

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand	1.1.2023	Zugänge	Abgänge	Stand	Stand
	1.1.2023 EUR	EUR	EUR	EUR	31.12.2023 EUR	EUR	EUR	EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.970.838,38	8.892,05	0,00	0,00	3.979.730,43	3.081.448,38	357.624,05	0,00	3.439.072,43	889.390,00
	2.380,88	0,00	0,00	0,00	2.380,88	0,00	0,00	0,00	2.380,88	2.380,88
	3.973.219,26	8.892,05	0,00	0,00	3.982.111,31	3.081.448,38	357.624,05	0,00	3.439.072,43	891.770,88
II. Sachanlagen										
1. Technische Anlagen und Maschinen	29.253,41	3.228,85	0,00	0,00	32.482,26	17.145,41	3.858,85	0,00	21.004,26	12.108,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.707.990,51	21.161,27	18.522,72	28.069,80	1.719.604,70	1.520.068,44	72.468,99	28.069,80	1.564.467,63	187.922,07
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	18.522,72	-18.522,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	1.737.243,92	42.912,84	0,00	28.069,80	1.752.086,96	1.537.213,85	76.327,84	28.069,80	1.585.471,89	200.030,07
III. Finanzanlagen										
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	66.283.581,32	0,00	0,00	0,00	66.283.581,32	885.178,92	0,00	0,00	885.178,92	65.398.402,40
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	10.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00	10.000,00
3. Genossenschaftsanteile	1.000,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00	1.000,00
	66.294.581,32	0,00	0,00	0,00	66.294.581,32	885.178,92	0,00	0,00	885.178,92	65.409.402,40
	72.005.044,50	51.804,89	0,00	28.069,80	72.028.779,59	5.503.841,15	433.951,89	28.069,80	5.909.723,24	66.501.203,35

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Johannesbad Holding SE & Co. KG, München

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der Johannesbad Holding SE & Co. KG, München, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Personengesellschaften im Sinne des § 264a HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Hinweis auf einen sonstigen Sachverhalt

Unter Inanspruchnahme der Erleichterungsvorschrift des § 264b HGB wurde kein Lagebericht aufgestellt. Im Zeitpunkt der Beendigung unserer Abschlussprüfung konnte nicht abschließend beurteilt werden, ob die Befreiungsvorschrift des § 264b HGB zu Recht in Anspruch genommen worden ist, weil die Voraussetzungen nach § 264b HGB ihrer Art nach erst zu einem späteren Zeitpunkt erfüllt werden können. Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss ist diesbezüglich nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieses Systems der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Saarbrücken, 30. April 2024

DORNBACH GmbH
NIEDERLASSUNG SAARBRÜCKEN
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



Prof. Hell
Wirtschaftsprüfer



Koch
Wirtschaftsprüfer

